

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Bezirksverwaltung Berlin

Initiative "Kirche von unten" (Berlin)

Die "Kirche von unten" bildete sich 1987 in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg heraus und wurde am 22. 4. 1988 durch Beschluß des Konsistoriums und der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg als Personalgemeinde genehmigt und registriert.

Vorhandene Grundsatzpapiere, wie z. B. Arbeitsregel, Rahmenbeschluß u. a. weisen auf weiter geplante Strukturen hin. Seit Anfang 1989 sind dieser Initiative in der Elisabethkirchgemeinde Berlin, Invalidenstraße, Räume für Veranstaltungen, Ausstellungen durch die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Verfügung gestellt worden.

Die in der "Kirche von unten" wirkenden Organisatoren und Inspiratoren gehören weiteren Gruppierungen an und wollen sich für die "Öffnung, Weiterentwicklung und notwendigen Veränderungen innerhalb der DDR-Gesellschaft" einsetzen, u. a. zur Einführung eines "zivilen Ersatzdienstes" (ZIED).

Sie ist ein organisatorisches Sammelbecken für feindlich-negative Personen, Irreguleitete und andere von ihnen beeinflusste Kräfte, die besonders offizielle Kirchentage auch außerhalb der Kirche in Berlin-Brandenburg in Anspruch nehmen, um mit ihren Aktivitäten öffentlichkeitswirksam auf ihre Ziele aufmerksam zu machen.

Die Berliner Gemeinde der "Kirche von unten" stellt im DDR-Maßstab das Zentrum dieser Initiative dar, führt monatliche Vollversammlungen durch und beteiligt sich aktiv an den ca. alle zwei Monate stattfindenden DDR-weiten Vollversammlungen, an denen zwischen 50 und 250 Personen teilnahmen.

Die "Kirche von unten" war maßgeblich beteiligt an feindlich-negativen Handlungen gegen staatliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbindung der Herstellung und Verbreitung der "Publikation" des "Grenzfall" (November 1987) und der Störversuche der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration Januar 1988.

Bis zu ihrer Ausreise aus der DDR gehörte auch die [REDACTED] der "Kirche von unten" an. Die Themenkomplexe für feindlich-negative Angriffe der "Kirche von unten" umfassen Probleme der Bildung und Erziehung, Demokratie, Menschenrechte, Ökologie, Wehrdienstverweigerung, Maßnahmen der Sicherheitsorgane der DDR u. a.

Im Rahmen der gegen die Kommunalwahlen vom 7. 5. 1989 gerichteten feindlichen Angriffe nahm die "Kirche von unten" bei der Zusammenführung der in der Hauptstadt organisierten Aktivitäten eine zentrale Stellung ein.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Bezirksverwaltung Berlin

2

Ausgehend von einer am 7. Mai 1989 in den Räumen der "Kirche von unten" durchgeführten "Wahlparty" wurde massiv versucht, die erreichten Wahlergebnisse öffentlich unter zunehmender Einbeziehung westlicher Medien zu diskreditieren.

Zur Veröffentlichung von Protesten, provokatorischen Darstellungen von Ereignissen und Propagierung eigener Meinungen werden u. a. solche nichtlizenzierten Druckerzeugnisse genutzt, wie "Friedrichsfelder Feuermelder" und "Umweltblätter".

Organisatoren/Inspiratoren

[Namen und Adressen wurden weggelassen]

BStU, MfS, BV Berlin, BdL-6